



Die Entlastungspakete machen uns etwas vor

Strompreisbremse, Direktzahlungen, Kindergeld, Nahverkehrsticket – für alle ist im dritten Entlastungspaket der Bundesregierung scheinbar etwas dabei. 65 Milliarden Euro sind eine beträchtliche Summe. Und dennoch ist dieser Aufschlag der Ampel eine Themaverfehlung und eine Augenwischerei.

Themaverfehlung deshalb, weil das eigentliche Problem nicht gelöst wird. Die Ampel hat bis heute keine befriedigende Antwort darauf, wie wir Gas aus Russland ersetzen. Der Strompreis wird durch die teuren Gaskraftwerke getrieben. Erst dann, wenn wir diese durch billigere Kernkraftwerke, Kohlekraftwerke und heimisches Fracking-Gas ersetzen, bestehen Aussichten auf moderatere Strom- und Gaspreise. Aber hier bremst und blockiert die Ampel. Die Laufzeiten von nur zwei Kernkraftwerken bis Frühjahr 2023 zu verlängern, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bundesregierung muss alle drei noch laufenden Kernkraftwerke für bis zu fünf Jahre am Netz lassen. Wir haben hocheffiziente Kohlekraftwerke mit hohem Wirkungsgrad, aber restriktive Regulierung lässt sie nicht ans Netz. Auch hier müssen Scholz und Habeck sich bewegen. Wir müssen das Angebot ausweiten, den Mangel verwalten bringt nichts.

Das Entlastungspaket ist eine Augenwischerei, weil den Entlastungen auf der einen Seite höhere Steuern heute oder in Zukunft gegenüberstehen. Die Entlastungen werden von den Bürgern selbst bezahlt. Insofern wird in der Gesamtheit nicht entlastet. Es wird nur umverteilt. Wenn dabei jeder etwas aus dem Umverteilungstopf erhält, jeder über Steuern oder Abgaben aber auch einzahlen muss, ist der Gesamteffekt unklar. Es ist nichts gewonnen. Vor einer wirklichen Entlastung schreckt die Ampel zurück. Zwar ist der Abbau der kalten Progression zu begrüßen. Zu einer Senkung der Stromsteuer und einer Anhebung der Pendlerpauschale – das wäre echte Entlastung – konnte sich die Bundesregierung nicht durchringen, von einer substanziellen Senkung der Unternehmenssteuern in Richtung international wettbewerbsfähiges Niveau ganz zu schweigen. Aber hier müssen wir ansetzen, wenn wir die Krise nachhaltig überwinden wollen.

Die Bundesregierung macht mit dem dritten Entlastungspaket einen weiteren Schritt in Richtung Demontage der Sozialen Marktwirtschaft. Wo der Unterschied zwischen der Besteuerung von Zufallsgewinnen und einer Übergewinnsteuer ist, ist schwer zu erklären. Es gibt so gut wie keine belastbaren Kriterien, sachlich Zufallsgewinne oder Übergewinne festzustellen. Was bleibt, ist ein enormer bürokratischer Aufwand, das Risiko politischer Willkür, vor allem aber nimmt es den Unternehmern jeden Anreiz, Risiken mit der Aussicht auf Erfolg einzugehen. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beruht darauf, dass es sich mit der Aussicht auf Gewinne lohnt, zukunftsgerichtete Angebote zu machen und dafür unternehmerische Risiken einzugehen.

Der Bundeskanzler verkündet, in der Krise „niemanden allein zu lassen“. Aber für die Unternehmen ist in den Entlastungspaketen wenig zu finden. Bestehende Hilfsprogramme werden verlängert, für energieintensive gibt es ein neues Hilfsprogramm. Alles sehr vage. Was die Unternehmen jetzt in erster Linie brauchen, sind Verlässlichkeit der Politik, ein Belastungsmoratorium, Handlungsspielräume. Sie brauchen die Aussicht auf sichere Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen, niedrigere Steuern, weniger Bürokratie. Die Bundesregierung sollte die Unternehmen in der Krise machen lassen, statt ihnen mit Übergewinn- und Zufallsgewinnsteuern zu drohen.

München, den 6. September 2022

Dr. Hans Schachtner
Generalsekretär